

www.jochen-ott.de

Jochen Ott berichtet

Wahlkreisbrief Nr. 3, Dezember 2010

... aus dem Landtag

Die Gemeinschaftsschule kommt

Das Modellvorhaben 'Gemeinschaftsschule' der neuen Landesregierung wird viel beachtet: Bereits über 80 NRW-Kommunen haben um Beratung für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule nachgesucht. Auch das Präsidium des Städte- und Gemeindebundes NRW hat in der vergangenen Woche einstimmig eine positive Stellungnahme zum Modellvorhaben abgegeben. Die rot-grüne Koalition hat diesen Zuspruch zum Anlass genommen, um heute in einer Aktuellen Stunde noch einmal auf die Vorteile der Gemeinschaftsschule hinzuweisen. Sie sichert ein attraktives und wohnortnahes Schulangebot und hält möglichst lange alle Bildungsabschlüsse offen.

Bessere Integration behinderter Schüler

Gemeinsam mit dem grünen Koalitionspartner, der CDU und der Fraktion 'Die Linke' haben die Sozialdemokraten bereits gestern die volle Integration behinderter Schülerinnen und Schüler, die sogenannte Inklusion, beschlossen. Anfang 2009 hatte Deutschland bereits die Konvention der Vereinten Nationen, wonach Menschen nicht aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden dürfen, ratifiziert. Nachdem sich die schwarz-gelbe Vorgängerregierung nicht auf ein Umsetzungskonzept für NRW einigen konnte, startete die rot-grüne Koalition einen neuen Anlauf. Schritt für Schritt soll jetzt die Reform umgesetzt werden, damit Behinderte und nichtbehinderte Schüler gemeinsam unterrichtet werden.

Betreuung für Kinder unter 3 Jahren gewährleistet

Das Kabinett hat beschlossen, den Nachtragshaushalt für den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren (U3) um 520 Millionen Euro zu erhöhen. Damit wird endlich Vorsorge dafür geleistet, den U3-Ausbau auf ein bundesweit vergleichbares Niveau zu bringen. Unter Schwarz-Gelb hat es erst den faktischen Baustopp bei den KiTas gegeben, dann das Verfassungsgerichts-Urteil wegen der zu geringen Landesanteile beim U3-Ausbau und schließlich eine Riesenlücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei den bundesweiten Vergleichszahlen.

20.000 Plätze weniger als von Schwarz-Gelb selbst versprochen, bewirken, dass NRW bundesweit Schlusslicht ist. Frühkindliche Bildung und eine optimale Betreuung ist jedoch immens wichtig, um Kindern die besten Chancen für ihr weiteres Leben zu geben. Schwarz-Gelb hat diese Unterfinanzierung schlicht nicht gekümmert.



Damit sich das im Interesse von Kindern, Eltern und Trägern schnell ändert, hat die Landesregierung jetzt entschlossen reagiert. So könnten mit den von uns eingestellten Mitteln unter anderem endlich der Ausbau der Kitas Höhenberger Straße 16 (Höhenberg), Europaring 59-61 (Neubrück) und Gernsheimer Straße 20 (Ostheim) beginnen. Insgesamt stellen wir alleine für den Ausbau der Kitas notwendige 150 Mio. Euro zur Verfügung, welche die frühere CDU/FDP-Landesregierung nicht bereitgestellt hatte.

Letztes Kindergartenjahr ab Mitte 2011 beitragsfrei

Ein erster Schritt zum beitragsfreien Kindergarten ist getan: für das letzte Kindergartenjahr sollen schon ab Mitte 2011 keine Beiträge mehr anfallen. Das langfristige Ziel ist jedoch, die Kindergärten komplett kostenfrei zu gestalten. Außerdem soll durch mehr Personal die Situation in den Kindergärten verbessert werden. Dies sind einige der Maßnahmen, die im Rahmen der Generalüberholung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) umgesetzt werden sollen. Bei der Revision setzt die rot-grüne Landesregierung auf eine breite Beteiligung auch der Eltern.

Abschaffung der Studiengebühren in NRW zum Wintersemester 2011/2012

Die rot-grüne Landesregierung wird zum Wintersemester 2011/2012 die Studiengebühren abschaffen. Ziel der Politik der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen ist die Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums sowie eine dauerhafte qualitative Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen. Mit der Abschaffung der Studiengebühren zum Oktober 2011, bei gleichzeitigem finanziellen Ausgleich für die Hochschulen, wird ein zentrales Wahlversprechen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in NRW umgesetzt.

Hilfe für die Kommunen

Der Minister für Inneres und Kommunen Ralf Jäger (SPD) hat angekündigt, dass das Land nach Plänen der rot-grünen Minderheitsregierung die hoch verschuldeten Städten und Gemeinden in NRW finanziell unterstützen möchte. Dies sind in einem ersten Schritt 300 Millionen Euro schon für 2011, was allerdings gerade mal die Kassenkredite deckt. Außerdem wird eine Entlastung seitens des Bundes um 800 Millionen Euro gefordert. Langfristig soll durch einen "Stärkungspakt Stadtfinanzen" weitere Hilfestellung für arme Gemeinden gegeben werden. Die Kriterien, um hiervon profitieren zu können, werden noch ausgearbeitet. Zudem sollen die Gemeinden, die zurzeit mit einem Nothaushalt zurechtkommen müssen (das sind derzeit 137 von 396 Kommunen in NRW), zusammen mit den Bezirksregierungen individuelle Lösungen für die Entschuldung entwickeln und müssen hierfür nicht die zurzeit vorgesehene Frist von vier Jahren zwingend einhalten. Damit soll den Kommunen auch mehr Selbstverantwortung übertragen werden.

Heuschrecken begegnen

Steigende Mieten, verwahrloste Wohnungen, ständige Eigentümerwechsel: Unter anderem mit dem Verkauf von Wohnungspaketen an ausländische Finanzinvestoren ist der Wohnungsmarkt in NRW zum Sorgenkind von Land und Kommunen geworden. Häufig wohnen in den von Investoren erworbenen Wohnkomplexen Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger, für deren Miete der Staat aufkommt. Das einkassierte Geld stecken die Fonds allerdings kaum in Instandhaltungsmaßnahmen, sondern in die eigene Tasche. Zahlreiche soziale Problemlagen vor Ort sind die Folge. Hier müssen Lösungsansätze her.

Daher soll nun eine Enquete-Kommission eingesetzt werden, die Lösungen für dieses Problem erarbeiten wird. Denn die Probleme auf dem Wohnungsmarkt müssen ausführlich erfasst werden. Nur so kann das Land entsprechende Strategien entwickeln. Fest steht: Die Politik und die Kommunen werden dazu Partner benötigen, also Wohnungsunternehmen, die sich langfristig für ihre Immobilien engagieren.

Bundesregierung bricht Vertrag mit NRW und der Bahn

2005 kam es zu einer Vereinbarung der Bundesregierung und Nordrhein-Westfalens mit der Deutschen Bahn über die Errichtung einer Frachtlinie zwischen der niederländischen Grenze und Duisburg (Verlängerung der so genannten Betuwe-Linie). Im Sinne der Förderung des Schienenverkehrs ist dies von besonderer Bedeutung für das Land NRW. Die in der Sondersitzung des Verkehrsausschusses des Bundestages offenkundig gewordene Entscheidung der Bundesregierung gegen die bestehenden vertraglichen Vereinbarungen mit dem Land NRW und der DB AG in diesem Zusammenhang ist ein verkehrspolitischer Skandal sondergleichen.

Statt dem vereinbarten Ausbau dieses wichtigen Schienenweges von europäischem Rang von zwei auf drei Gleise mit wirksamem Lärmschutz für die Anwohnerinnen und Anwohner, kommt eine Verkehrsverdichtung durch immer mehr Züge ohne Lärmschutz.

Jochen Ott sagt hierzu als verkehrspolitischer Sprecher: "Das ist verkehrspolitisch, wirtschaftlich und ökologisch falsch. Hier wird Klientelpolitik für Süddeutschland gemacht. Lieber versenkt man Milliarden Euros in umstrittenen Verkehrsprojekten wie Stuttgart 21 und der Strecke Wendlingen-Ulm, als einen bestehenden Verkehrsengpass in NRW zu beseitigen."

Atomkraft? Nein Danke!

Der massive Protest gegen den Castor-Transport hat noch einmal deutlich gemacht, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung ohne Not einen gesellschaftlichen Großkonflikt um die Nutzung der Kernenergie angefacht hat, der mit dem Atomkonsens weitgehend beigelegt



war. Die rot-grüne Landesregierung hat beschlossen, sich an einer Normenkontrollklage gegen die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke zu beteiligen. Nordrhein-Westfalen wird gemeinsam mit anderen SPD-geführten Landesregierungen gegen die Umgehung des Bundesrates beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Klage einreichen.

Workshop der KölnSPD: Wie weiter mit der SPD?

Am 5. und 6. November 2010 kamen über hundert Teilnehmer zum Workshop der KölnSPD in der Kölner Volkshochschule an der Lotharstraße. "Die KölnSPD – Bedeutender Akteur der städtischen Politik" lautete das Thema des zweitägigen Workshops, das sich mit den Perspektiven und Herausforderungen für die Partei befasste.

Maria Kröger, Amtsleiterin der Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Köln und Professor Dr. Simon Franzmann, Politikwissenschaftler an der Universität zu Potsdam boten dabei eine Analyse der Ergebnisse der Landtagswahl. Die SPD bleibt dabei unterhalb ihres Potentials, da gerade in ihren Hochburgen die Wahlbeteiligung am niedrigsten ist. Jedoch: eine relative Zunahme verzeichnet die SPD dafür in traditionellen Wahlkreisen der CDU.

Hierbei wurde klar: Um die Wählerinnen und Wähler wieder erfolgreich anzusprechen, muss die SPD deutlich machen, wofür sie steht. Und, im Gegensatz zu den Grünen "verbieten wir den Leuten nicht, was Spaß macht", so Jochen Ott, Parteivorsitzender der KölnSPD.

Wichtig ist auch die Präsenz vor Ort. Denn nur dort nehmen die Bürgerinnen und Bürger wahr: Die SPD ist für mich da! Genau dies verfolgt Jochen Ott auch in seinem Wahlkreis in den Stadtteilen Porz, Poll, Brück, Neubrück und Merheim!

... aus dem Wahlkreis



Nachtflugverbot für Passagierflüge KölnBonner Flughafen

Die angestrebte Kernruhezeit für Passagierflüge war am 30.11.2010 Thema einer Betriebsversammlung des Flughafens mit den zuständigen Fachministern der NRWLandesregierung, dem im Wahlkreis des Flughafenbereiches direkt gewählten Landtagsabgeordneten und Kölner Parteivorsitzenden Jochen Ott sowie mit OB Jürgen Roters.



Das in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Grünen im Land vereinbarte teilweise Nachtflugverbot für Passagiermaschinen rief über 800 Teilnehmer der Belegschaftsversammlung in den großen Wartebereich der Abflugebene 2 des Airports. Das von der Landesregierung beabsichtigte Verbot löst bei vielen Flughafenbeschäftigten JobÄngste aus, die auf zahlreichen Transparenten formuliert wurden.

Verkehrsminister Voigtsberger kündigte an, dass die Landesregierung an den Plänen für ein Nachtflugverbot festhalte und man binnen drei Jahren das Verbot umsetzen zu wolle. Arbeitsminister Schneider verdeutlichte, dass beim Nachtflugverbot zwei unterschiedliche Standpunkte bestehen und es Aufgabe der Politik sei, für beide Seiten eine Lösung zu finden. Der Wirtschaftsstandort Flughafen verbiete es, den 24-Stunden-Betrieb im Frachtverkehr anzutasten. Arbeitnehmer und Vertreter des Flughafens befürchten bei einem Nachtflugverbot den Abbau von bis zu 1.700 Arbeitsplätzen.

Als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises habe ich betont, dass ich hier vor Ort eine eigene Position vertrete; denn ich bin nicht nur von den Beschäftigten des Flughafens, sondern auch von den Anwohnern gewählt worden:

"Das Verbot für Passagierflüge ist keine wirkliche Lösung des Problems. Ich habe schon in den Koalitionsverhandlungen als Kölner Abgeordneter immer wieder darauf hingewiesen, dass sich rechtlich das Nachtflugverbot für Passagiere schwer durchsetzen lässt. Und auch der Minister (Voigtsberger) und auch der Staatssekretär (Becker) haben in verschiedenen Stellungnahmen darauf hingewiesen, dass es hier eine Genehmigung des Bundesverkehrsministers (Ramsauer) geben muss, und danach auch die Frage einer rechtlichen Auseinandersetzung geboten ist.

Und da frage ich mich als Abgeordneter: Ist es eigentlich glaubwürdig zu versprechen und zu sagen, 'das Passagiernachtflugverbot kommt', wenn genau diese Phase (der rechtlichen Auseinandersetzung) von 2 bis 3 Jahren vergehen kann, bis es überhaupt zu einer Klärung (der gültigen Betriebserlaubnis) kommen kann?

Ich glaube fest, dass es für uns ganz besonders wichtig ist, nicht eine 'Popanz-Diskussion' insgesamt zu führen, sondern es ist klar: Das politische Ziel ist formuliert, da kann ich auch als Abgeordneter meiner Fraktion nicht einfach sagen, 'der Koalitionsvertrag ist nicht da'! Nein, der Koalitionsvertrag ist da, aber ist es nicht jetzt sinnvoller, sich mit Fed-EX und UPS an einen Tisch zu setzen und darüber zu reden, dass möglichst kurzfristig Boings wie 747 und 77 für die Fracht eingesetzt werden, damit die "fetten Kracher" vom Himmel kommen können? Das bringt den Anwohnern wesentlich mehr! Denn nachts stören in erster Linie die lauten Maschinen die MdL's beim Schlafen, und das sind eben nicht die Passagiere. Dazu ist aber wichtig, die Unternehmen nicht zu beschimpfen, sondern gemeinsam nach Wegen zu suchen, einen solchen Invest in moderne Maschinen kurzfristig möglich zu machen. Denn der Wettbewerb im Luftfrachtverkehr ist knallhart, und die Zeche mussten bisher immer die Arbeiter zahlen – damit muss Schluss sein!



Ich habe auch wiederholt betont, dass ich persönlich gegen die Luftverkehrsabgabe – in dieser Form – bin. Denn wir brauchen beim Thema **Nachtflugverbot und Luftverkehrsabgabe schnelle europäische Initiativen**, das sind Themen, die nur europäisch geregelt werden können! Es ist doch absurd, wenn die Holländer die Luftverkehrsabgabe einführen, nach 1 Jahr wieder abschaffen, und dann bei uns die Bundesregierung sie wieder einführt. Das ist doch keine vernünftige 'europäische' Politik!

Wir wissen doch längst, dass sich das Nachtflugverbot für Passagiere rechtlich nur schwer durchsetzen lässt, und dass es hierzu eine Genehmigung des Bundesverkehrsministers geben muss; von den danach anstehenden Fragen einer rechtlichen Auseinandersetzung einmal ganz abgesehen. Wir brauchen jetzt alle Leute an einem Tisch, und wir müssen dafür sorgen, dass insbesondere im Nachtflugbereich die dicken lauten Brummer vom Himmel kommen und stattdessen neue moderne Maschinen kommen, die eben nicht mehr so laut sind. Das hilft den Menschen wirklich und keine "Was-wäre-wenn"-Diskussion".

Deshalb suchen wir Dialog und Konsens mit allen Beteiligten und sind an einer Lösung interessiert, die sich am Interessenausgleich orientiert. Ich sage hier klar und deutlich – auch in völliger Übereinstimmung mit dem Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Köln Martin Börschel: Eine Privatisierung des Flughafens wird es mit mir und der Kölner SPD niemals geben. Dieser Flughafen gehört zur Daseinsvorsorge, und er wird es bleiben ...!"



Entwicklung Porzity: "Porz kommt wieder"

Die Entwicklung des Kernbereiches der Porzer Innenstadt um das ehemalige Hertie-Kaufhaus wurde in mehreren öffentlichen Veranstaltungen mit Standaktionen in der Porzer Fußgängerzone wiederholt thematisiert.

Die Verärgerung über den englischen Finanzinvestor, der noch immer nicht dem vorliegenden Kaufangebot der neuen Investoren zugestimmt hat, stand dabei im Mittelpunkt. In gemeinsamen Gesprächen zwischen OB Jürgen Roters und den Vertretern der Interessengemeinschaft Porzer Innenstadt (IGS) wurden Ansätze für weitere Initiativen zur schnellen Umsetzung des bereits beschlossenen Porzer Innenstadtkonzeptes erörtert. Es wurden Folgeveranstaltungen und weitere Abstimmungen vereinbart, die OB Roters "zur Chefsache" gemacht hat. So zeigten sich die Vertreter des ISG-Vorstandes zufrieden, und die vielen Standbesucher fanden es durchweg "gut, dass sich eine Partei nicht nur im Wahlkampf präsentiert, sondern auch nach der Wahl Rede und Antwort steht …"





Verlängerung der Linie 7

Die seit Jahrzehnten geforderte Umgehungsstraße Zündorf wurde im Landesstraßen-Bedarfsplan NRW unter der Regierung Jürgen Rüttgers vom früheren Landesverkehrsminister nach Besichtigungsbesuch Lienenkämper einem Ortsumgehungspunkte mit dem damaligen Landtagsabgeordneten Jürgen Hollstein schlichtweg gestrichen, was einer Beerdigung des Projektes gleichkommt.

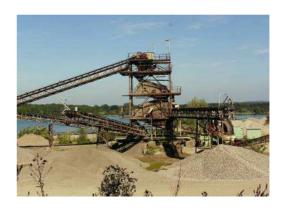
Das Verkehrsministerium hatte auf Anfrage schriftlich bestätigt, dass "das Vorhaben der Ortsumgehung Köln/Zündorf im Zuge der L 82 im Rahmen der Integrierten Gesamtverkehrsplanung in 2 Bauaubschnitten (BA) untersucht wurde. Der 1. BA von der A 59, Anschlussstelle Köln/Wahn bis zur B 8 ist im Landesstraßenbedarfsplan in der **Stufe 2** eingeordnet. Der 2. BA von der B 8 bis zur K 22 südlich von Zündorf ist **nicht in den Bedarfsplan aufgenommen** worden …"

Demzufolge wird die Planung des 1. BA aufgrund der nachrangigen Einstufung im Bedarfsplan **nicht begonnen**, und nach Auskunft des Landesbetriebes hat die Stadt Köln zu prüfen, 'ob sie die Planung selbst, d. h. ohne Landesförderung übernimmt und den Weiterbau in westlicher Richtung nicht als Landesstraße, sondern als **kommunale Straße** plant und finanziert.

Da eine Eigenfinanzierung angesichts von rd. 400 Mio. Euro Haushaltsdefizit ausscheidet und mit der Wiederaufnahme der Umgehungsplanungen bei Änderung des Bedarfsplans nicht vor 2015 zu rechnen wäre, folgte die Stadtbezirkskonferenz der Empfehlung, "eine zeitnahe, realistische Verkehrsentlastung durch Priorisierung des ÖPNV-Angebotes in Form der längst überfalligen **Verlängerung der Linie 7** bis Ranzel konsequent zu verfolgen und umzusetzen.

Gleichzeitig sollen auch verkehrliche Planungsvarianten zur einer Entlastung gemeinsam mit den zuständigen Stellen in Rat und Verwaltung geprüft werden."





Das Tor zum Königsforst

Vor unserer Haustüre schlummert mit dem Rather See – bzw. dem Neubrücker Baggersee – ein wahres Juwel. Seit vielen Jahren schon wird das Areal - wenn auch illegal – als Freizeit- und Badefläche genutzt. Dies soll sich in Zukunft ändern, denn die Auskiesungen sind so gut wie abgeschlossen.

Eines der wichtigsten Wahlkampfziele der SPD war die Gestaltung des Geländes um den Rather See. Wir sind mit dem Versprechen in den Wahlkampf gegangen, ein bürgernahes und naturverbundenes Erholungsgebiet vor unserer Haustüre ermöglichen zu wollen. Dafür haben wir bereits Anfang 2010 die örtlichen Bürgervereine eingeladen um gemeinsam mit uns und dem Eigentümer des Geländes über die künftige Nutzung und Gestaltung zu sprechen.

Nach dem Sommer 2010 haben wir nun das notwendige Planverfahren auf den Weg gebracht. Wir wollen an dieser Stelle die Ideen für ein kostengünstiges Badeerlebnis in der Natur mit Fun-Sportarten wie Kletterwald und einer Wasserskianlage kombinieren.

Gleichzeitig wollen wir – dies ist uns Sozialdemokraten besonders wichtig – mit einem fußläufigen Zugang auch naturverbundene Spaziergänge am See ermöglichen. Naturschutz und bürgernahes Freizeitangebot gehen Hand in Hand: Dafür steht die SPD. Wir werden diesen Weg eng mit den Menschen vor Ort gestalten und Ihre Ideen und Ängste aufnehmen.

Das neue Freizeitgelände soll zum Wohle aller Menschen vor Ort sein und wir wollen zeigen, dass man Großprojekte auch erfolgreich gemeinsam gestalten kann. Um dies alles zu ermöglichen, wird es demnächst eine große Bürgeranhörung geben.

Wir haben die große Chance, die große Lebensqualität unserer Veedel nicht nur zu erhalten, sondern langfristig noch zu erhöhen. Wir wollen die umliegende Naturlandschaft erhalten und das Freizeitangebot verbessern und ausbauen.

Lützerathstraße in Rath/Heumar wird endlich ausgebaut

Schon seit langer Zeit ist der Zustand der Lützerathstraße ein großes Ärgernis für die Menschen in Rath/Heumar und darüber hinaus. Kein Wunder, dass die Menschen vor Ort seit Jahren deren Sanierung fordern. Zu Recht, wie der Rath/Heumarer SPD-Chef und Fraktionsvorsitzende in der Bezirksvertretung Kalk, Oliver Krems, findet: "Die Lützerathstraße ist eine der schlechtesten Straße Kölns und die Sanierung endlich fällig."

Jochen Ott, Kölner SPD-Chef und direkt gewählter Landtagsabgeordneter vor Ort, bringt passend zur Adventszeit frohe Kunde aus Düsseldorf nach Rath/Heumar: "Jahrelang ist unter Schwarz/Gelb nichts passiert. Die neue SPD-geführte Landesregierung von Hannelore Kraft hat nun direkt nach Amtsantritt Nägel mit Köpfen gemacht und die notwendigen Landeszuschüsse bewilligt. Nun kann es endlich losgehen."

Aktuell wird nach Aussage der beiden Sozialdemokraten die Vergabe vorbereitet. Nach deren Abschluss soll die Sanierung von der Rösrather Straße bis hin zum Mauspfad in der 2. Hälfte 2011 beginnen. Unter anderem wird ein Kreisverkehr an der Rösrather Straße entstehen, wie auch endlich durchgängige Bürgersteige, Schutzstreifen für Radfahrer und mehrere Querungshilfen. Auch soll die Lützerathstraße zur Tempo-30-Zone werden.

Die beiden Sozialdemokraten freuen sich: "Das ist wahrscheinlich eines der besten Weihnachtsgeschenke, welches wir den Menschen vor Ort machen konnten."



Rettung für die Waldschule

Gemeinsam mit unserem grünen Bündnispartner haben wir im Kölner Stadtrat Mittelkürzungen für die Waldschule Porz abgelehnt, und stattdessen in einem gemeinsamen Änderungsantrag den Erhalt der beliebten Einrichtung auf Gut Leidenhausen durch entsprechende Förderbeiträge im Haushalt sichergestellt: "Man würde sich an den Kindern versündigen", hatte der Vorsitzende der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) Hermann Remaklus zu den städtischen Kürzungsplänen erklärt und hinzugefügt: "Das wäre ein Unglück für Eltern und Schüler."

Und genau dies hat rot-grün im Stadtrat nun verhindert: Mit Übernahme der Personalkosten in Höhe von jährlich 60 000 Euro wollen wir den Fortbestand weiter gewährleisten. Seit 25 Jahren besteht die Einrichtung, und rund 250 000 Kinder haben den Naturkunde-Unterricht genossen. Dabei ist ein Ende der Nachfrage nicht abzusehen, denn bis Ende 2012 ist der Unterricht bereits ausgebucht ...





Angebote für Kinder und Jugendliche

Es freut mich ganz besonders, dass es endlich gelungen ist, in Merheim einen weiteren Bauspielplatz (Merheimer Gärten) nach dem Porzer Vorbild in Wahnheide als bürgerschaftliches Projekt zu etablieren, der in 2011 offiziel seinen Betrieb aufnimmt.

Eine Kürzung des städtischen Betriebskostenzuschusses für den Bauspielplatz Senkelsgraben konnte im Interesse der Fortsetzung des immer beliebter werdenden Freizeitangebotes für Kinder und Jugendliche verhindert werden. Dauerhaft wird eine gebotene Intensivierung und Professionalisierung der Betriebsführung z. B. durch Einsatz von ausgebildetem Fachpersonal (staatl. geprüfte Erzieher/Sozialarbeiter) angestrebt, um der steigenden Nachfrage und den erhöhten Betreuungsanforderungen gerecht werden zu können.



Vorlesetag in der Kita Hunoldstraße in Wahnheide

Die vom Leiter der städtischen Kindertagesstätte und des Familienzentrums in Wahnheide Willi Göbel gemeinsam mit dem Porzer Bürgerbüro angebotene Vorlesung war nicht nur Teil der bundesweiten Aktion "Wir lesen vor" am Vorlesetag 2010. Es sollen weitere Aktionen speziell für Kinder, seien es Malwettbewerbe, weitere Vorlesungen und gemeinsame Besuchsprogramme als ergänzende Angebote im Stadtbezirk vom Porzer Bürgerbüro organisiert werden. Dabei liegen mir die Interessen der Jüngsten nicht nur als Vater dreier Töchter ganz besonders am Herzen.

Wir brauchen einfach mehr Aufmerksamkeit und Platz für Spiel- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, gerade hier im unterversorgten Porzer Bereich."



Die Kinder aus Igel-, Delphin- und Wackelzahngruppe waren jedenfalls nicht nur von der schlauen Maus begeistert, sondern hatten auch ihren Spaß mit dem Politiker, der versprechen musste, mit neuen Geschichten wieder zu kommen. Außerdem haben wir einen Besuch mitsamt Kindergartengruppe und Eltern im Düsseldorfer Landtag vereinbart, wo es Kakao und Kuchen umsonst gibt.

Malwettbewerb im Bürgerbüro: Kinder malen Weihnachten





Die Kinder der Tagesstätte Hunoldstraße in Wahnheide haben an einem Malwettbewerb des Bürgerbüros teilgenommen und unter dem Motto "Kinder malen Weihnachten" wunderschöne Vorlagen für Grußkarten gefertigt. Alle Bilder werden seit dem Nikolaustag am 06.12.2010 im MdL-Landtagsbüro auf der Porzer Hauptstraße in einer Ausstellung mit



einem "Bilder-Weihnachtsbaum" der Öffentlichkeit vorgestellt und können dort bis Weihnachten bewundert werden. Die besten Zeichnungen wurden als Druckvorlage für unsere diesjährigen Weihnachtskarten verwendet. Malaktionen, Kunstausstellungen, Bücherlesungen, wöchentliches Bürgerfrühstück und Besuchsprogramme sind Bestandteil meines erweiterten Bürgerbüroangebotes.

Erste Landtagsfahrt nach Düsseldorf am 12.11.2010



Genau 47 Mitfahrer/innen waren trotz frühem Start mit dem gecharterten Piccolonia-Reisebus um 07:30 Uhr ab Bus-Bhf. Porz-Markt dabei, als es hieß, zur 1. Landtagsfahrt nach Düsseldorf anzutreten. Nach Willkommensgruß und Händeschütteln gab es einen fachkundigen Vortrag der Landtagsverwaltung "rund um den NRW-Landtag", leckeres Frühstück, den Besuch einer "Aktuellen Stunde" auf der Tribüne des Plenarsaales und eine anschließende Diskussionsrunde mit MdL Jochen Ott.

Dabei ging es in vielfältigen Fragen auch um Porzer Verkehrsthemen, wie etwa die Verlängerung der Linie 7 oder die Fertigstellung des Neubaus am S-Bhf. in Porz sowie die

dringend notwendige Innenstadtbelebung. Alle Gäste, die Organisatoren vom Bürgerbüroteam Porz und MdL Jochen Ott waren am Ende hochzufrieden, nicht nur weil ein neues Parteimitglied aus Porz-Mitte aufgenommen werden konnte ...

Wer übrigens Interesse hat, bei einer der vier möglichen Besuchstermine in 2011 teilzunehmen, kann sich per e-Mail an das Porzer Bürgerbüro MdL Jochen Ott unter buergerbuero-porz@web.de anmelden.



30 Jahre Porzer SPD-Bürgerbüro



Vor 30 Jahren wurde in Porz das SPD-Bürgerbüro in der Friedrichstraße eröffnet. Volkmar Schultz war seinerzeit erstmals als Abgeordneter in den NRW-Landtag gewählt worden, dem er von Mai 1980 bis November 1994 angehörte.

Nach der Wahl zum Bundestagabgeordneten wurde das Büro nach 15 Jahren aus der Friedrichstr. in die Porzer Hauptstr. 327 verlagert, wo Schultz mit dem neuen Landtagsabgeordneten Friedhelm Lenz das gemeinsame Wahlkreisbüro eröffnete. Das SPD-Bürgerbüro wird heute als gemeinsames Wahlkreisbüro des Bundestagsabgeordneten Martin Dörmann und dem Landtagsabgeordneten Jochen Ott mit erweiterten Angeboten, wie z. B. Kunstausstellungen, Autorenlesungen und Besuchsprogrammen geführt. Im Sommer wurden die Büros renoviert und erstmals grundlegend neugestaltet.

Mit einer Eröffnungsfeier wurde das neue Wahlkreisbüro am 11.10.2010 einer breiten Öffentlichkeit und Teilnahme zahlreicher Politiker und ehemaliger Wahlkreismitarbeiter/innen vorgestellt. Die Feier fand im Rahmen einer Vernissage mit Gemälden in Öl und Acryl der Künstlerin Iris Dücker-Bathe statt.



"Runder Tisch Schule" gestartet

Auftakt "Schule gestalten": Nach dem erfolgreichen Vorbild meines Landtagskollegen Marc Eumann in Köln-Mülheim habe ich für meinen Wahlkreis Porz/Poll, Brück, Merheim und Rath-Heumar einen "Runden Tisch Schule" ins Leben gerufen. Beim ersten Zusammentreffen am 08.12.2010 kamen trotz starken Schneefalls Vertreter von 20 Schulen und Schulpflegschaften in die Halle der OT Ohmstraße in Porz.

Kölns Dezernentin für Jugend, Schule und Sport, Frau Dr. Agnes Klein, stellte die aktuellen Kölner Anträge zur Teilnahme am landesweiten Modellprojekt "Gemeinschaftsschulen" für die drei Hauptschulen Rochusstraße (Bickendorf), Ferdinandstraße (Mülheim) und Wuppertaler Straße (Buchheim) vor. Derzeit lägen aus hiesigem Wahlkreisbereich keine Teilnahmebewerbungen vor, diese könnten jedoch noch bis Jahresende von der Stadt Köln bei der Bezirksregierung eingereicht werden. Mit den Genehmigungen rechne man kurzfristig, so dass wir ab etwa Mitte Januar mit drei neue Gemeinschaftsschulen an den Start gehen", so Agnes Klein.

Das gemeinsame Ziel des Runden Tisches ist es, Schulen und Elternschaft, aber auch der Stadt Hilfestellung bei der Gestaltung der Schullandschaft und des Bildungssystems zur Verwirklichung des "längeren gemeinsamen Lernens" zu geben. Dabei ist es unverzichtbar, an allen Schulen bestehende Defizite aufzuzeigen und auf deren Verbesserung hinzuwirken. Zu nennen ist hier ein "Instandsetzungsstau mit Baurückständen in Höhe von 1 Mrd. Euro an Kölner Schulen, wobei alleine 21 Mio. Euro für dringende notwendige Toilettensanierungen benötigt werden.

Die neue Landesregierung ist sich bewusst, dass die Verbesserung des Bildungs- und Schulsystems als zentrales Thema des Koalitionsvertrages zwischen SPD und Grünen im NRW-Landtag nur mit entsprechender Mittelausstattung z. B. für zusätzliche Lehrerstellen und Sekretariatskräfte zur Entlastung insbesondere der Schulleiter von administrativen Aufgaben erreicht werden kann. Die hierfür erforderlichen Umschichtungen haben wir mit dem vorliegenden Nachtragshaushalt vorgesehen, so dass die richtigen Weichen gestellt sind.

Ich habe mich über die hohe Resonanz und die konstruktive Diskussion gefreut, weil es zeigt, dass man Veränderungen besser gemeinsam erreichen kann, und dass wir diese dezentralen Entwicklungen jeweils vor Ort zusammen mit allen Beteiligten gestalten müssen ...

DANKE

Und zum Schluss danke ich meinen Mitarbeiter/innen des Bürgerbüros Porz, des Gemeinschaftsbüros Köln und den Mitarbeiterinnen im Landtag für die erstklassige Zusammenarbeit!







Büroteam und Ansprechpartner/innen Wahlkreisbüros MdL Jochen Ott

Bürgerbüro Porz:





Marion und Karl-Heinz Tillmann,

Hauptstr. 327, 51143 Köln, Tel. 02203-951359. Öffnungszeiten: Montag – Freitag von 10 – 14 Uhr.

eMail: buergerbuero-porz@web.de

Landtagsbüro Düsseldorf:



Stefanie Kempf und Selina Mederlet,

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Tel. 0211-8842323.

eMail: stefanie.kempf@landtag.nrw.de und selina.mederlet@landtag.nrw.de

Gemeinsames Wahlkreisbüro MdLs:



Tine Hördum,

Magnusstr. 18b, 50672 Köln, Tel. 0221-99559974, Fax 0221-99559976. Öffnungszeiten: Dienstag 9-17, Mittwoch 13-18, Donnerstag 12-18, Freitag 9-13 Uhr.

eMail: tine.hoerdum@landtag.nrw.de